Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 43

Artikel: Moskauer Gespräche nur halb verbindlich
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076408>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Der sowjetische Wirtschaftseinfluss in Asien und Afrika (4)

Maoismus in Indien (5)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern

Redaktion und Verwaltung: Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit

Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern

Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

1. Jahrgang, Nummer 43

Bern, 16. November 1960

Erscheint wöchentlich

DIE WAHLEN IN DEN USA ERMUTIGENDE ZEICHEN

Das amerikanische Volk stand vor einer schweren Wahl zwischen zwei Kandidaten, die im Grundsätzlichen eine verblüffende Ähnlichkeit aufweisen. Der Parteiunterschied ist in den Vereinigten Staaten ohnehin unbedeutend; durch ihre Intelligenz, ihr beeindruckendes Wissen und ihre Schlagfertigkeit halten sich Kennedy und Nixon ungefähr die Waage. Sie gehören überdies der gleichen Generation an: Kennedy ist 1917 und Nixon 1913 geboren.

Diese Gleichartigkeit beider Kandidaten wirkte sich denn auch im Wahlergebnis aus, das von einer Ausnahme abgesehen noch nie so knapp ausgefallen ist. Im Durchschnitt gerechnet, haben zwei Stimmente in jedem Wahlbezirk die Wahl entschieden, was die Notwendigkeit der Stimmbeteiligung eines jeden einzelnen in der Demokratie mit seltener Klarheit aufzeigt.

Der Volkswahl kommt allerdings in diesem Falle eine viel kleinere Bedeutung zu als der Wahl der Kandidaten durch die Parteien. Das Volk konnte sich nur noch für einen von zwei ähnlichen Kandidaten entscheiden. Von historischer Bedeutung ist aber die Tatsache, dass beide massgebenden Parteien mit ihren Kandidaten einer neuen Generation, einem neuen Stil und einem neuen Willen zum Durchbruch verhalfen. Diese Entscheidung fiel bereits an den Conventions, wo Kennedy und Nixon auf den Schild erhoben worden sind. Kennedy und Nixon befürworteten eine Aktivierung Amerikas in der geistigen Auseinandersetzung zwischen Totalitarismus und Freiheit. Beide Kandidaten traten vor ihre Wähler mit der Forderung nach grösserem Einsatz für die Demokratie. Das amerikanische Volk und seine Parteien haben sich ein politisches Reifezeugnis ausgestellt dadurch, dass letztere es wagten, Kandidaten zu bestimmen, die nicht Steuerminderung, Hebung des persönlichen Wohlstandes und «Frieden für unsere Zeit» versprochen.

Wie knapp auch die Wahl ausgefallen ist, so bedeutet doch der Sieg Kennedys einen Schritt näher zur notwendigen Einsatzbereitschaft. Er verlangte ein Jota mehr an Opfern und hat um ein Geringes mehr Stimmen erzielt. Unwichtig ist der Hinweis, dass er wegen seines bestechenden Aeussern von den Frauen gewählt worden sei, weil der hübscheste Kandidat mit einer zweifelhaften Politik nicht durchdringen könnte.

Das Programm Kennedys strebt eine aktivere amerikanische Aussenpolitik an, die gegründet sein muss auf einem grösseren

Leistungswillen. Dieses Programm bezweckt eine umfangreichere Förderung der wissenschaftlichen Forschung, eine breitere Information der Weltöffentlichkeit über die Fragen unserer Zeit, und eine grössere Anstrengung geistiger und materieller Natur in den Entwicklungsgebieten. Das sind allerdings Aufgaben, die die ganze freie Welt angehen, nicht nur die Vereinigten Staaten, welche ohnehin schon mehr leisten als Westeuropa.

Die Wahl Kennedys und Nixons zu Präsidentschaftskandidaten durch die Parteien

dokumentiert eine kalte Revolution der jungen Generation, die einen neuen Willen und einen neuen Stil einführen wird. Das ist eines der ermutigendsten Zeichen der Lebensfähigkeit der freien Welt in den letzten zehn Jahren. Es bleibt nur zu hoffen, dass die junge Generation die übrige freie Welt revolutionieren kann.

Peter Sager.

Moskauer Gespräche nur halb verbindlich

Das Gipfeltreffen der kommunistischen Führung in Moskau ist in der entscheidenden Frage der sowjetisch-chinesischen Beziehungen nicht massgeblich.

Mao Tse-tung, der die in kommunistischen Staaten einzig zählende Schlüsselstellung des Parteisekretariats inne hat, ist in Peking geblieben. Der nach Moskau entsandte Staatspräsident Liu Schao-tschi ist nur der dritte Mann seines Landes, denn noch vor ihm rangiert Regierungschef Tschu En-lai.

Die gespannten Beziehungen zwischen Moskau und Peking sind keine westliche Unterschiebung. Sie gründen sich auch auf mehr als nur Schlussfolgerungen aus den verschiedenen Auffassungen über gewaltsame Verbreitung der Revolution oder die Unvermeidbarkeit des Krieges, Theorien, zu denen sich Mao noch kurz vor dem Moskauer Parteitreffen andeutungsweise bekannt hat.

Tatsache ist, dass das Gefühl der Differenzen in Moskau selbst noch stärker ausgeprägt ist, als irgendwo im westlichen Lager. Die ganze Angelegenheit war dort dermassen tabu, dass in den letzten vier Monaten den westlichen Korrespondenten die blosser Erwähnung des Wortes «China» unweigerlich zensuriert wurde, auch im unschuldigsten Zusammenhang.

Erst als Liu Schao-tschin zur Revolutionsfeier in Moskau selbst eintraf, wurde die Erwähnung des Nachbarstaates notgedrungen wieder zugelassen.

Moskauer politische Kreise waren sogar positiv überrascht, dass Mao immerhin seinen Staatspräsidenten an die Konferenz delegierte. Chruschtschews Gefolgsleute hatten offensichtlich noch weniger erwartet.

Soeben aus der Sowjetunion zurückgekehrte westliche Beobachter bestätigen, dass der Bevölkerung die Entzweiung ihres Landes mit China eine durchaus geläufige Vorstellung ist. Nicht dass das

Thema lebhaft diskutiert würde, aber wo es angeschnitten wird, begegnet man bescheidwissenden Gesten: vielsagendem Achselzucken, bedauerndem Wiegen mit dem Kopfe.

In Peking war der Auftakt zum Gipfeltreffen alles andere als versöhnlich. Führende Zeitungen und Zeitschriften, wie «Jen-Min Ji-Bao» und «Hung Tschü», widmeten dem ideologischen Disput ausführliche Artikel, die auf ein hartnäckiges Festhalten am chinesischen Standpunkt hinausliefen, wobei es bemerkenswerterweise immerhin einige moskaufreundlichere Stimmen gab. Den von Chruschtschew in eindeutiger Anspielung auf China gebrauchten Ausdruck «Dogmatismus» weisen die Maoisten ebenso zurück, wie die Beschuldigungen, linksextremistisch oder kriegshetzerisch eingestellt zu sein. Mao wird in diesem Zusammenhang von «Hung Tschü» als Mann des Zentrums zitiert, weil er die linksextremen Meinungen bekämpfe, wonach man die Weltrevolution ohne gründliche Vorbereitung durchführen könne. Aber Mao sei in Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus der Ansicht, dass die kommunistische Machtübernahme ohne vorherige Zerstörung des Staatsapparates der Bourgeoisie nicht erfolgen könne. Im geeigneten Zeitpunkt, d. h. wenn die Massen zur Revolution bereit seien, müsse der Aufruhr und — ausdrücklich erwähnt — der Krieg eingeleitet werden. (Nach der gegenwärtigen Moskauer These muss die kommunistische Machtübernahme unter Benützung der bürgerlichen Institutionen und auf friedlichem Wege erfolgen.)

Bei der Revolutionsfeier selbst wurde in Moskau und Peking die einheitliche Front dem Westen gegenüber betont. Immerhin vergassen die Redner in Peking (Mao selbst sprach nicht) die Erwähnung des spezifisch chinesischen Kommunismus nicht.

Es kommt weniger auf die Beschlüsse in Moskau, als auf die Quittung in Peking an.